

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist für uns im Gegensatz zu den letzten beiden prinzipiell zustimmungsfähig.

Schwerpunkte im Großen und Ganzen gut gesetzt

Die Schwerpunkte sind im Großen und Ganzen gut gesetzt mit einer zügigen Fortführung der Schulsanierung, mäßigen und kleinen Kürzungen bei den Transferleistungen im Bereich Soziales und Bildung und mit der deutlich spürbaren Zurückhaltung bei weiteren Großprojekten (keine weiteren Mittel für Tunnel)

mittelfristige Finanzplanung

In der mittelfristigen Finanzplanung sehen wir erhebliches Gefahrenpotential für die Stadt, aus unserer Sicht muss stärkeres Gewicht auf Konsolidierung und Schuldenabbau gelegt werden

unsere Vorschläge

Die von uns vorgeschlagenen zusätzlichen Transferleistungen und Projekte sind mit der Summe der von uns geplanten Einsparungen und zusätzlichen Erträge finanzierbar, auch ohne unsere wichtigste Ergänzung, die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Am allerwichtigsten ist für uns die **Haushaltskonsolidierung**. Hier sehen wir keine andere tief durchgreifende Maßnahme

als eine maßvolle Anhebung der Gewerbesteuer, dazu und zum Zusammenhang mit der Zustimmung zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Grundsteuererhöhung später mehr

Begründung unserer Änderungsanträge

Alle Änderungsanträge, die wir Ihnen hier vorlegen, lassen sich herleiten aus den Grundsätzen der Politik der Buntten Linken und der Linken. Auch wenn unsere Tolerierung einer Grundsteuererhöhung, die wirklich jeden trifft völlig unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, hart an die Grenzen der Toleranz vieler unserer Mitglieder und Unterstützer geht, oft auch darüber hinaus. Nicht nur deshalb werden wir offen sein, wenn mit für uns vertretbaren Randbedingungen jemand vorschlägt, hier ein Stück zurück zu gehen. „Bunte Linke“: dazu gehört der häufig übersehenen Untertitel „Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden“. Das nehmen wir in allen seinen Punkten sehr ernst nehmen. Doch zuerst zu unserem wichtigsten Thema, der Haushaltskonsolidierung.

Haushaltskonsolidierung

Einen soliden langfristig stabilen Haushalt halten wir für zwingend notwendig. Zwar sind derzeit die Zinsen niedrig, doch schon beim geplanten Verlauf der Verschuldung bis 2015 entsteht ein Verlustvortrag erreicht, der ca. 1/5 des gesamten Haushalts ausmacht.

Zur Verdeutlichung der Verhältnisse: Für 2011 geplant sind Zuweisungen und Zuschüsse an freie Träger von insgesamt ca. 19 Mio€ geplant, das sind ca. 4% des gesamten

Haushalts. Für Zinsaufwendungen zahlen wir fast 8 Mio€, das sind 2%. Bis zum Jahr 2015 soll der Betrag für Zinsen auf 12 Mio€ um 50% steigen, bei gleichzeitiger Plünderung sämtlicher Rücklagen und Verschmälerung der Kapitalbasis.

Keine Berücksichtigung findet in den gesamten Betrachtungen der Haushaltsdiskussion bisher die Situation der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen, auch hier wird der Schuldenberg immer größer.

In dieser Situation halten wir es für dringend geboten, alle möglichen Einnahmequellen der Stadt zu nutzen und die Verschuldung zu begrenzen. Eine Sicherheit vor Unvorhersehbarem ist umso wichtiger, je angespannter die allgemeine wirtschaftliche Lage ist, deshalb schlagen wir eine Haushaltssperre von 10 Mio€ vor. Sollte sich – wie hier anscheinend von allen außer uns als sicher erwartet – im Laufe des Jahres eine Entspannung der Situation abzeichnen, sind wir nicht abgeneigt in einem Nachtragshaushalt wieder Erleichterungen einzubauen, doch auch dann sollte u.E. die Schuldenbegrenzung und ein Schuldenabbau Vorrang haben. Viel lieber als 4 Mio€ mehr Schuldzinsen würden wir für 4 Mio€ mehr in kulturelle und soziale Projekte investieren und Bürgern aktive Beteiligung an städtischer Entscheidungsfindung erleichtern.

Verbesserung der Einnahmesituation

Wir wissen, **Steuererhöhungen sind unpopulär**, insbesondere in Wahlkampfzeiten. Die Verwaltung schlägt eine massive Erhöhung der Grundsteuer vor, damit katapultieren wir Heidelberg in die Spitzengruppe der

deutschen Städte. Nach dem Hebesatz-Atlas des DIHK-Tages haben dann nur noch Tübingen, Bremen, Essen, Freiburg, Dresden und Berlin, ganze sechs Städte in ganz Deutschland, höhere Hebesätze für die Grundsteuer. Alle kleineren Ortschaften im Umfeld haben ganz erheblich niedrigere Grundsteuer-Hebesätze, was die Abwanderungstendenzen der für die Schlüsselzuweisungen dringend gebrauchten Einwohner sicher noch unterstützt anstatt zu bremsen. Das würden wir aber sogar – vorübergehend mit klaren Ausstiegsszenarien bei Verbesserung der sonstigen Einnahmen – mitmachen, doch kann die Last nicht allein den Bodennutzern auferlegt werden. Wenn zusätzliche Belastungen beschlossen werden, müssen diese für alle Solidarpartner gelten, also natürlich auch für die Gewerbetreibenden.

Deshalb muss **parallel zur Grundsteuer auch die Gewerbesteuer** erhöht werden, hier steht Heidelberg aktuell mit einem Hebesatz von 400 v.H. sehr moderat da. Der Mittelwert aller Städte über 50 TEinwohner in NRW liegt bei über 440 v.H. Im Kreis der Städte bundesweit von 110 – 170 TEinwohner wäre Heidelberg mit einer Anhebung auf 440 v.H. immer noch im Mittelfeld und keine dieser Städte hat einen Grundsteuerhebesatz von 550 v.H. Die Gewerbesteuer wird auf den Gewerbegewinn erhoben, also nur von Partnern gefordert, die auch leistungsfähig sind. Zwar ist uns bewusst, dass bei der Standortauswahl eine Firma auch auf die Gewerbesteuer schaut, doch mindestens genau so stark ins Gewicht fällt der Bodenpreis und da liegt Heidelberg weithin deutlich in der Spitzengruppe. Ein niedriger Hebesatz für

Gewerbsteuer wird also niemanden anlocken, ein etwas höherer aber auch niemanden als alleiniger Grund abschrecken. Auch für eine Gewerbesteuererhöhung muss gelten, dass sie sofort bei verbesserter Finanzlage wieder zurück genommen wird. Im Haushalt wird sich eine – im bundesdeutschen Vergleich wesentlich moderatere – Gewerbesteuererhöhung viel stärker auswirken als die Grundsteuererhöhung, ca. 6 Mio€ zusätzlich pro Jahr können damit eingenommen werden.

Damit sind die von uns angestrebten **Verschuldungsgrenzen** für die nächsten beiden Jahre von 180 Mio€ schon fast zu erreichen.

Prinzipiell müssen alle an der Haushaltskonsolidierung beteiligt werden, die es irgendwie verkraften können. Allerdings sehen wir – wie im Verwaltungsvorschlag schon ausgeführt – auch die Notwendigkeit, soziale Projekte, Schulsanierung und Bildung hier auszunehmen. Mit allem meinen wir auch alle, auch uns selbst, deshalb finden Sie bei uns auch den Vorschlag unsere eigenen Bezüge entsprechend den Sparvorgaben für alle anderen Zuwendungsempfänger zu kürzen.

Damit sind wir schon bei den Gründen für Änderungsanträge, die sich aus unserem Namen herleiten lassen. Beginnen wir mit der Solidarität:

Bündnis für Solidarität

Solidarität sollte gelebt werden sowohl im sozialen Miteinander, als auch im Hinblick auf langfristige

Finanzierbarkeit begonnener Projekte (hierauf zielt die gesamte Haushaltskonsolidierung) und manifestiert sich natürlich darin, dass alle wie schon gesagt entsprechend ihrer Stärke belastet werden.

Soziale Gerechtigkeit

Der Verwaltungsvorschlag verlangt von den Transferpartnern im Bereich Soziales nur ganz moderate Kürzungen hinzunehmen, das finden wir gut. Doch wir möchten trotzdem einige Kürzungen zurücknehmen und zwar insbesondere da, wo Kinder betroffen sind. Wir haben in unseren Vorschlägen nur einige beispielhaft beantragt, sind aber bereit, ihre entsprechenden Anträge mit zu tragen, sofern - wie von uns vorgeschlagen - auch Einnahmeverbesserungen in wesentlichem Umfang erreicht werden.

Bericht zur sozialen Lage: 15% der unter 16-jährigen sind arm oder von Armut bedroht

Der Bericht zur sozialen Lage beschreibt die notwendigen Handlungsfelder sehr drastisch: 15% aller unter 16-jährigen in Heidelberg sind arm hart an der Grenze dazu.

In den Schulen und in der Freizeit überschneiden sich die Lebensbereiche verschiedener gesellschaftlicher Gruppen für Kinder und Jugendliche jedoch viel stärker als das im Erwachsenenbereich der Fall ist. So ist ein ständiger direkter Statusvergleich unausweichlich. Hier gilt es anzusetzen und Teilhabe noch besser als bisher schon zu ermöglichen. Der HD-Pass bietet hierzu ein großes Instrumentarium, über weiteren Ausbau muss intensiv beraten werden.

Soziale Projekte:

Fast alle Projekt-Partner der Stadt im sozialen Bereich sind immer am Rand ihrer personellen Möglichkeiten, alle können nur aufgrund eines außerordentlich aktiven ehrenamtlichen Engagements aus dem jeweiligen Umfeld weiter machen. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass hier nur wenig, meist gar nicht gekürzt wurde. Einige benötigen aber zusätzliche Mittel für ihren stets wachsenden Aufgabenbereich: Frauennotruf, Luca mit Internet-Projekt Essstörungen.

Qualitätskriterien

Wichtig für die Solidarität sind klare Qualitätskriterien in möglichst allen Bereichen zu haben. Für neue Zuschuss-Empfänger machen klare Richtlinien Entscheidungen einfacher, deshalb fordern wir auch

Langfristige Finanzierbarkeit

Wir möchten im Hinblick auf langfristige Finanzierbarkeit städtischer Aufgaben, insbesondere die Empfänger der freiwilligen Transfer-Leistungen stützen. Wir möchten die knappen Mittel, die zur Verfügung stehen, lieber dorthin stecken als in den Schuldendienst. Wenn Trend so weiter geht wie vorgezeichnet, zahlen wir in einigen Jahren mehr Zinsen für Kredite als jetzt für alle Transferleistungen insgesamt in Bildung, Kultur und Soziales.

Nachvollziehbare **Richtlinien und**

Kostendeckungsvorgaben zu machen und alle angemessen an den Kosten zu beteiligen, die städtische Einrichtungen nutzen.

Unser wichtigster Vorschlag in diesem Bereich ist die Forderung zur **Definition von Kostendeckungsgraden** für alle möglichen gebührenrechnenden Einrichtungen.

Selbstverständlich kann dies nicht überall der gleiche Wert sein, doch innerhalb eines Handlungsfeldes (etwa Kinderbetreuung) sollte er gleich sein. Dabei sind aus unserer Sicht Kostendeckungsgrade von Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche niedriger anzusetzen als solche für Erwachsene. Und Einrichtungen, die dazu animieren Kunst zu schaffen anstatt Kunst zu konsumieren sollten ebenfalls mit einem geringeren Kostendeckungsgrad belastet werden.

Beispiel extrem unterschiedliche Kostendeckungsgrade im kulturellen Bereich: KPM 8-9% (inkl. Landeszuschüsse).

Natürlich ist ein großer Anteil der Kosten zurück zu führen auf konservatorische Arbeit, hier wäre auf eine starke Beteiligung von Land und Bund hinzuwirken. Die Musik- und Singschule erreicht einen Kostendeckungsgrad von ca. 41% für den Unterricht und dabei auch Sonderkonditionen für HD-Pass mit berechnet (13% der Schüler). Das Theater deckt durch Eintrittspreise ca. 10% seiner Kosten. Hier zeigt sich eine ganz erhebliche Schieflage nach unseren Grundsätzen: Kinder an Kunst heran zu führen und auszubilden ist ein höherwertiges Kultur- und soziales Gut als (meist erwachsene) "Kulturkonsumenten" zu subventionieren

Unsere alte, aber noch nicht verwirklichte Forderung nach ständig präsenter, öffentlicher Darstellung dieser Deckungsgrade bzw. der Lücke zwischen z.B. Gebühr und wirklichen Kosten für die gerade genutzte Einrichtung sorgt für

eine Sensibilisierung der Bevölkerung und für eine höhere Akzeptanz von nötigen Gebührenerhöhungen.

Unbedingt überprüft werden muss die Rechnungsstellung der **Oberflächenwassergebühren** an Baulastträger öffentlichen Raums: auch Bundes- und Landesstraßen entwässern in die Kanäle, deshalb müssen auch diese Flächen in die Kalkulation eingehen und entsprechende Rechnungen gestellt werden.

Bündnis für Demokratie

Wichtigste Themen im Themengebiet Demokratie sind Transparenz und Mitwirkung.

Transparenz

Hierher gehört die Forderung nach einer klareren **Richtlinie für die Anerkennung freier Träger der Jugendhilfe**. So gab es im Bereich „private Kindergärten“ eine Reihe von Anträgen kleiner Gruppen, Firmen, Vereine, Einzelpersonen auf Zuschüsse zu Baumaßnahmen oder zum Betrieb einer Einrichtung. Pädagogisches Konzept, Erziehungsziele, Personalqualifikation usw. waren nicht immer einfach zu bewerten. Als ersten Schritt wurde die soziale Staffelung der Elternbeiträge jetzt regelmäßig vorgegeben. Doch das Verfahren bleibt unbefriedigend: Die Stadt gibt sich viel Mühe zur qualitativen Verbesserung mit QUASI - dies wird auch mit unserer Zustimmung fortgeführt, doch neue kleine freie Träger sind noch ungenügend eingebunden.

Zur Transparenz gehört auch, dass im nächsten Haushaltsentwurf noch mehr Ämter als bisher schon

Ressourcenverbrauch (Personal- und Sachmittel) für alle wichtigen Verwaltungsvorgänge offen legen. Dazu sollte ein geeignetes Verfahren entwickelt werden, das dann Effizienz (nicht notwendig nur Kosteneffizienz, aber auch) vergleichbar macht und Handlungsbedarf aufzeigt.

Informationen über Werdegang demokratische Beschlüsse
Zumindest ungefilterte Informationen über die öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Gemeinderates sind wichtig. Nur dann können Bürger wirklich nachvollziehen, welche ihrer gewählten Repräsentanten sie wirklich repräsentieren. Die meisten GR-Mitglieder können selbst nach einiger Zeit nicht mehr mit Sicherheit sagen, was sie zu dem einen speziellen - evtl. weniger prominenten Punkt auf der TOP gesagt haben und wie sie selbst abgestimmt haben. Schriftliche Protokolle fassen das Geschehen in den Sitzungen manchmal nur unzureichend zusammen. Es melden sich zu Wort: ... Folgende Fragen werden angesprochen und diskutiert: ... Weder Aussage darüber, wer was gefragt hat, noch wie die Antwort ausgefallen ist sind enthalten und damit sind wichtige Fakten, die Entscheidungen mitgeprägt haben, den Protokollen manchmal nicht zu entnehmen

Mitwirkung

Der OB hat endlich verstanden, dass Bürgerbeteiligung wichtig ist, doch sein Ansatz lässt aus unserer Sicht noch zu wünschen übrig.

Bürgerbeteiligung braucht auch Sachmittel für die aktiven Bürger selbst. Raumkosten für Veranstaltungen und Plakatierungsgebühren können Bürgerinitiativen schon zum

Erliegen bringen, bevor sie richtig anfangen konnten. Die Beteiligte beschäftigen sich intensiv in ihrer Freizeit mit den Inhalten und Fakten, bisher müssen sie auch noch ihr eigenes Geld einsetzen für Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung von Experten.

Mitwirkung beschränkt sich nicht auf "Werbe"-Informationsveranstaltungen, echte Bürgerbeteiligung muss auch Alternativen entwickeln. Betroffene sollen direkt eingebunden sein, insbesondere in finanzielle Entscheidungen, deshalb auch unsere Anträge zum Bürgerhaushalt (zum wiederholten Mal) und zur Einbindung der div. beratenden Gremien ganz aktiv und möglichst mit Stimmrecht in der Haushaltsberatung

Bündnis für Umwelt

Den Bereich Umweltschutz möchten wir ebenso wie Soziales und Bildung aus den Kürzungen herausnehmen, die entsprechenden Umweltorganisationen übernehmen ein Bündel von Dienstleistungen für die Stadt. In den Bereich Umwelt gehören auch Verbesserungen des ÖPNV. Eine neue Straßenbahnlinie von der Altstadt ins Neuenheimer Feld halten wir für viel wichtiger als ein zusätzliches Grüne-Welle-Programm in der Römerstraße. Deshalb beantragen wir eine Streichung der Grünen Welle und eine intensive Weiterplanung der Straßenbahnen.

Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die den HD-Pass beantragen können, sind wesentlich stärker auf öffentlichen Verkehr angewiesen als andere, deshalb möchten wir mit dem HD-Pass verknüpft ein verbilligtes Monatsticket für den ÖPNV

anbieten. Wir gehen davon aus, dass höchstens ein Viertel bis ein Drittel der Berechtigten dieses Ticket kaufen werden und haben den entsprechenden Betrag als Antrag eingebracht.

Bündnis für Frieden

Hierunter verstehen wir sowohl den inneren Frieden in unserer Stdtgemeinschaft als auch den äußeren Frieden zwischen Deutschland und seinen Partnern und der Welt.

Wichtigstes Thema der nächsten Jahre wird der Abzug der Militärs sein. Diesen begrüßen wir aus diversen Gründen:

- für viele unserer Mitglieder und Unterstützer ist es unerträglich, dass auf Heidelberger Grund und Boden in ihrer direkten Nachbarschaft Kriege geplant und geführt werden. Zumindest die direkte Präsenz der kriegführenden Menschen wird sich durch den Wegzug verringern. Noch besser wäre es natürlich, wenn Kriege überhaupt aufhören würden und stattdessen mehr Engagement in humanitäre Hilfe und in den Aufbau stabiler, demokratischer Strukturen in den Krisenregionen der Welt fließen könnte.
- der Abzug wird für die Stadt Heidelberg direkte finanzielle Folgen haben, die heute im Mittelpunkt stehen. Für die frei werdenden Flächen muss schnellstmöglich eine intensive, kreative Ideenentwicklung erfolgen. Aus unserer Sicht sollte die Stadt den Löwenanteil des zu erwartenden Konversionsgewinns abschöpfen, dazu muss sie aber zuerst am Kauf der Flächen von der BIMA beteiligt werden und dies auch finanzieren können. Dies wird die wichtigste Zukunftsaufgabe der Stadt und auch die teuerste.

Details hierzu müssen schnell entwickelt werden, deshalb auch der Antrag in Fragen der Finanzierung einen völlig neuen Weg zu versuchen gemeinsam mit Heidelberger Bürgern.

Die Flächen bieten viele spannenden Möglichkeiten. Jetzt ist der Zeitpunkt, hier intensiv einzusteigen. Auch hier gelten Demokratiegrundsätze: Interessierte unabhängig von der Mitgliedschaft zu einer etablierten Organisation verdienen es, dass ihr Engagement und ihre Ideen Raum finden.

Innerer Frieden innerhalb der Stadtgesellschaft:

Versprechungen sind zu halten: Deshalb fordern wir die schnelle Erweiterung Erhaltungssatzung Weststadt auf Gaisberg und Zone rund um den bestehenden Geltungsbereich, die bereits beschlossen ist.

Der Schutz des wertvollen Kulturgutes "erhaltenswerte Stadtteilzentren eines baukulturellen Hintergrundes" ist nicht auf die Weststadt beschränkt, auch Neuenheim hat schon schmerzliche Eingriffe erlebt, dies muss für die Zukunft erschwert werden.

Bebauungsplan Kurfürstenanlage: eine Änderung und eine entsprechende Veränderungssperre zu beschließen auf Druck der Öffentlichkeit und dann im Verwaltungsgang auf Eis zu legen, das kann keine bürgerfreundliche Verwaltungspraxis sein. Der Bebauungsplan Kurfürstenanlage/Bahnhofstraße muss der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden. Hier gibt es eine Reihe gut informierter, interessierter Bürger, die sich gerne beteiligen werden, man muss sie nur lassen. Fragen der Verkehrsplanung, der Nutzung der Gebäude und Freiflächen sollten neu aufgerollt werden. Eine Beschränkung

der Änderung auf die Höhen der Baukörper entspricht nicht dem Anliegen der Bürger. Die noch nicht von konkreten Bauabsichten betroffenen Flächen können jetzt überprüft und eine bessere Anpassung des BPlans an die ursprünglichen Zielsetzungen für das Gebiet erreicht werden. Nachbarn und Eigentümer können hier beispielhaft einbezogen werden, wirkliche Bürgerbeteiligung, nicht nur Information verspricht zumindest eine höhere Zufriedenheit im Stadtteil.

Sehr geehrte Damen und Herren, dies nur als kleinen Überblick über die Bandbreite unserer Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2011-12 und zu den Gründen, die uns dazu veranlassen. Wir bitten Sie, unsere Anträge zu unterstützen. Wie bereits gesagt, sind wir offen für konstruktive Diskussionen und stehen dafür zu Verfügung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.